

Kritik am "Kongress 2000"

(Vollständiger Text der Einladung zum Kongress am Ende.)

1. Ein neuer Führungsanspruch

Das Motto "Ende der Bescheidenheit" von Köln 99 trägt jetzt wohl Früchte. Die Einladung zum "Kongress 2000" ist so unbescheiden wie Waschmittelreklame und von der Substanz her leider auch genauso hohl.

Die Zahl dieses unseres Jahres nach christlicher Zeitrechnung sieht so faszinierend aus, dass in Verbindung mit ihr jeder Furz gleich Bedeutung und Wichtigkeit fürs nächste Jahrtausend erhält. Wieviel mehr dann erst ein Kongress, der sich mit sovielen Nullen schmücken kann. "Treffen 5113" - Wie klänge denn das? Nach mühseligem Alltag ohne "historische" Relevanz? Und doch sagt es inhaltlich genauso viel bzw wenig aus wie "Kongress 2000". Die Unterschiede: "Treffen" ist nicht so wichtigtuersch wie "Kongress", und 5113 ist eben dieses Jahr in einer anderen Zeitrechnung (der der Mayas).

Bescheidenheit wie Unbescheidenheit sind nicht von sich aus revolutionär oder reaktionär. Entscheidend ist, wem gegenüber sie ausgeübt wird, wem durch den (Nicht-) Verzicht ein Nutzen zugestanden bzw verweigert wird.

Und so ist gerade dort am wenigsten Unbescheidenheit zu finden, wo sie am meisten notwendig wäre, bei der Zielsetzung gegenüber dem System. "Ende des globalen Kapitalismus". Also wieder zurück zum nicht-globalen nationalen Kapitalismus? Wenn es schon so ein großartiges "Historisches Projekt" werden soll, warum dann nicht wenigstens ein allgemeines "Ende des Kapitalismus"? Und selbst das ist eher ein Minimalziel als eine Maximalforderung. Viele haben längst erkannt, dass die Krankheit dieser Gesellschaft nicht allein durch die ökonomische Ausbeutung erklärt werden kann und dass ihre Ursachen in der gesamten patriarchalen Kultur und ihren Prinzipien (Eigentum, Konkurrenz, Leistung, Status, Familie...) zu suchen sind.

Dagegen kann sich die Unbescheidenheit voll austoben, wenn es gegen andere (konkurrierende) linke Gruppen und Bewegungen geht. Nicht dass sie angegriffen werden, sie werden ignoriert, es gibt sie einfach gar nicht. Das Projekt ist so einzigartig, dass alles andere verschwindet. - "Kongress 2000"- Ist es der einzige Kongress in diesem Jahr? - "Das Neue Historische Projekt" - Gibt es nur "Das" neue Projekt? So wie die EXPO "Die" Zukunft "der" Welt zeigt? - Gibt es Projekte, die nicht "Historisch" sind, die die Geschichte nicht beeinflussen?

Und warum "Neu"? Seit es Kapitalismus gibt, gibt es auch Menschen, die dafür kämpfen ihn zu beenden. Das Patriarchat als seine Grundlage ist schon ein paar Jahrtausende älter, doch auch da gab es von Anfang an Frauen und Männer, die sich dagegen gewehrt haben. Und noch heute kann der Widerstand aufbauen auf das, was diese Generationen von Menschen erreicht und erkannt haben.

Doch die Einladenden zum Kongress 2000 tun trotz des "Historisch" im Titel geradeso, als wären wir am Anfang der Geschichte, als wäre es ihre funkelneue Idee, was gegen Kapitalismus zu tun. Nun gut, es gibt "Flecken des Widerstands", doch der ist nicht nur "räumlich und zeitlich voneinander getrennt" (wie will man das eigentlich ändern?) sondern auch "diffus und unorganisiert". Muss es wohl auch sein, denn sie fehlt ihm ja noch, die alles organisierende und vereinheitlichende Theorie des Neuen Historischen Projekts.

„Subcommandante Marcos der Zapatistischen Befreiungsarmee EZLN bezeichnete den weltweit aufflackernden Widerstand gegen den Neoliberalismus als "bolsas de resistencia" „Flecken des Widerstands auf der Weltkarte des globalen Kapitalismus. Dieser Widerstand ist räumlich und zeitlich voneinander getrennt, es fehlt ihm zur Zeit eine gemeinsam definierte Stoßrichtung. Doch hier kann die Theorie des Neuen Historischen Projekts zur gesellschaftsverändernden Praxis führen. Ähnlich wie ein Magnetfeld diffus und unorganisiert nebeneinander existierende Eisenspäne in ihrer Position ordnet und in eine Richtung lenkt, besitzt das Neue Historische Projekt das Potenzial, Bewegungen zu vereinheitlichen und zu organisieren.“

Die diversen Aktivitäten, Vernetzungen, Organisationsstrukturen und Theorieansätze der politisch tätigen Gruppen und Personen nicht anzuerkennen oder gar nicht wahrzunehmen, kann verschiedene Ursachen haben. Entweder die Kongressler sind wirklich ganz neu dabei und haben nur Massenmedien als Informationsquelle. Oder sie wollen es nicht wahrhaben, weil es ihre grandiose Theorie relativieren würde. Oder es ist beabsichtigte Werbestrategie, ihr Konzept als das einzige ernstzunehmende Projekt darzustellen. Doch keine dieser Ursachen gibt Anlass zu dem Vertrauen, das nötig wäre, um sich diesem Projekt anzuschließen.

Außerdem hab ich so meine Zweifel, ob eine Zusammenführung von Bewegungen zu einer Organisation mit "gemeinsam definierter Stoßrichtung" wirklich etwas wäre, was uns voranbringt. Zu sehr ist es an das veraltete Bild der Entscheidungsschlacht gebunden, dem Kräftemessen zwischen dem Alten und dem Neuen oder dem Guten und dem Bösen, wie es auch in den Wahlkämpfen oft anklingt. Dabei hat wiederum die Quantität Vorrang vor der Qualität und radikale Inhalte werden zurückgestellt zugunsten volksnaher Forderungen und großspuriger Versprechungen.

Der erfolgsorientierte Stil der Kongress-Einladung erinnert mich so an Wahlprogramme, dass es mich nicht wundern würde, wenn dabei eine neue linke Partei oder parteiähnliche Organisation herauskäme. Ihr Erfolg ist zu befürchten. Die Sehnsucht, Teil einer großen einheitlichen Bewegung zu sein, ist auch in der Linken weit verbreitet und nicht wenige sind bereit, dafür radikalere Ziele erstmal aufzuschieben. Nach dem Driften von SPD, Grünen und PDS in die (rechte) Mitte ist links eine Lücke entstanden und für viele politisch heimatlos Gewordene könnte der Kongress 2000 gerade das Richtige sein.

Für die im Widerstand Aktiven scheint es mir jedoch gerade wichtig, das Hoffen auf kurzfristige Stärke aufzugeben und stattdessen auf die langfristige bewusstseinsverändernde Wirkung der Qualität von theoretischen Konzepten und praktischem Verhalten zu setzen. Vielleicht sollte erstmal wieder gesät werden, bevor geerntet werden kann. Um aber Qualität in Theorie und Praxis zu entwickeln, ist Vielfalt und Autonomie wichtiger als Einheitlichkeit und Geschlossenheit. Für echte Einheit in Bündnissen und Vernetzung wird kein "starkes Magnetfeld" gebraucht, sondern sachliche solidarische Auseinandersetzung und freie Kooperation, bei der es wichtig ist auch nein sagen zu können.

Als ein Konzept unter vielen ist auch das "Neue Historische Projekt" diskussionswürdig, und als eine Zusammenkunft von vielen kann der "Kongress 2000" nützlich sein, aber der anmaßende Stil wirkt eher abschreckend.

2. Solidarität vor Gerechtigkeit!

Doch nun zur theoretischen Grundlage des Neuen Historischen Projekts: „*Peters stellt in den Mittelpunkt seiner Überlegungen den äquivalenten (gleichwertigen) Tausch von Gütern und Dienstleistungen. Damit dieser Tausch auch tatsächlich gerecht ist und kein Tauschpartner Vorteile auf Kosten des anderen erwirtschaften kann, wie es in der heutigen kapitalistischen Weltwirtschaft der Fall ist, bedarf es eines wirklich objektiven Wertmaßstabs. Dieser objektive Maßstab ist nach Peters die Arbeitszeit, die in einem bestimmten Produkt enthalten oder zur Erbringung einer Dienstleistung erforderlich ist. Denn bisher erfolgte weltweit der Austausch auf Grundlage der Preise und nicht auf Basis der tatsächlichen Werte.*

Mit der Computer-Technologie und den Methoden der Statistik sind heute erstmals die Mittel vorhanden, den objektiven Wert einer Ware oder Dienstleistung zu ermitteln.“

Die Unterscheidung von Preisen und "tatsächlichen Werten" hat weitreichende Konsequenzen, so dass es sich lohnt, beides genauer zu betrachten. Der Preis oder Tauschwert einer Sache ist gerade nichts objektives, er wird ausgehandelt zwischen Subjekten, dem Anbieter und potentiellen KundInnen. Damit ein Kauf oder Tausch zustande kommt, muss der Preis unter dem subjektiven Wert der Sache für die Kundin und über dem subjektiven Wert für den Anbieter liegen. Ausschlaggebend für den Wert einer Sache ist, wie sehr das Subjekt diese Sache braucht, also das Spannungsfeld zwischen der Ist-Situation (ohne die Sache) und der erwünschten Situation (mit der Sache).

Im Prinzip ist das Aushandeln eine "freie" Vereinbarung, niemand kann oder muss gezwungen werden, zu kaufen oder zu verkaufen. Es wird keine "objektive" Instanz gebraucht, die Preise festlegt. Unter den kapitalistischen Bedingungen (unbeschränktes Eigentum, ungesicherte Grundbedürfnisse) ist die Freiheit jedoch nur eine theoretische. Die freie Wahl zwischen Verhungern und dem Kauf von überpreisten Lebensmitteln bzw dem Verkauf der Arbeitskraft zu Billigslöhnen ist so frei doch wieder nicht. Solange Eigentumsrechte die Strukturen definieren, werden die Preise nicht nur von Angebot und Nachfrage, sondern ebenso von Abhängigkeit und Unverschämtheit bestimmt.

Der Zusammenhang des Werts zur Arbeitszeit ergibt sich daraus, wie lange die Kundin bereit wäre, für die Sache zu arbeiten. Bei Sachen, die häufig und über einen längeren Zeitraum gebraucht werden und die von vielen produziert werden können, wird sich diese Zeit aufgrund eines Regelungsvorgangs auf die Arbeitszeit einpendeln, die zu seiner Produktion benötigt wird. Bei Einzelstücken, Neuheiten, aber auch bei Sachen, die aus der Mode gekommen sind, wird es dagegen große Differenzen geben zwischen diesen beiden Zeiten. Eine weitere Bedingung für gleiche Arbeitszeiten wäre ein gleicher Produktivitätsstandard der Arbeiten. Aus dem Fehlen dieser Gleichheit resultiert die Ausbeutung der armen Weltregionen durch die Reichen.

Von daher ist der Vorschlag, die Waren direkt nach der eingesetzten Zeit zu bewerten, erstmal positiv zu sehen. Problematisch ist allerdings, dass starke Machtstrukturen ähnlich einer Planwirtschaft notwendig wären, um innerhalb einer Wettbewerbswirtschaft diese vom Tauschwert abweichende Bewertung durchzusetzen.

Auf der Ebene der Weltwirtschaft würde die Ausbeutung der ärmeren Länder erst dann aufgehoben, wenn sich alle diese Länder darin einig wären, nur auf dieser Grundlage Geschäfte mit den Reichen Ländern zu tätigen. Da das aber eine weitgehende wirtschaftliche Unabhängigkeit voraussetzt und "Verräter" hierbei gut belohnt würden, ist das nur schwer vorstellbar.

Um jedoch auf staatlicher Ebene das ÄP (Äquivalenz-Prinzip) bis ins Detail durchzusetzen, wäre ein Kontroll- und Exekutiv-Apparat nötig, der im Widerspruch zu freiheitlichen und demokratischen Prinzipien stünde. Dabei würden sich auch die Unzulänglichkeiten des ÄP (die Unbestimmbarkeit des Werts von kreativer Arbeit sowie die Nichtberücksichtigung von Natur und Ressourcen) zu größeren Problemen auswachsen.

Es bliebe noch das ÄP als moralisches Leitbild für wirtschaftliche Gerechtigkeit: *„Es wird dann an jedem einzelnen in den Industrienationen lebenden Menschen liegen, ob er/sie bereit ist, die Ungerechtigkeit im Welthandel zu Lasten der armen Länder weiterhin zu dulden und moralisch mitzuverantworten, die "Jahr für Jahr etwa so viele Menschen verhungern lässt, wie die beiden Weltkriege insgesamt Opfer forderten". (Arno Peters)*

Gerade hier zeigt sich jedoch die Beschränktheit des ÄP. Denn für den größten Teil der Verhungerten würde es nichts daran ändern. Das Leistungsprinzip "Wer nicht arbeitet, soll auch nichts essen" wird vom Äquivalenzprinzip überhaupt nicht in Frage gestellt, es ist nur eine andere Bewertung von Leistung. Von daher ist auch die Behauptung *„Das "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen" des Kommunistischen Manifests von Marx/Engels erhält mit dem Äquivalenz-Prinzip eine neue ökonomische Grundlage.“*

ein Etikettenschwindel, denn nach dem ÄP müsste es heißen: "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Arbeitszeit" Das ist zwar gegenüber dem herrschenden tautologischen Leistungsprinzip "Jeder verdient, was er verdient" schon ein großer Fortschritt, doch den Arbeitslosen oder Arbeitsunfähigen hilft es auch nicht weiter. Zumal das Prinzip des Eigentums, das viele Menschen ohne Lebensgrundlage zurücklässt, vom ÄP auch nicht direkt angetastet wird.

Allerdings, und das ist das Beste am Äquivalenzprinzip, es schränkt die Akkumulation von Eigentum ein. Niemand kann behaupten, er hätte mehr als 24 Stunden am Tag gearbeitet, um zu begründen warum er 100 mal mehr besitzt als andere, die zB nur 10 Stunden am Tag arbeiten.

Doch um von einer Konkurrenzgesellschaft zu einer solidarischen Gesellschaft zu kommen, muss nicht nur Eigentum als Belohnung für konkurrierendes Verhalten begrenzt werden, sondern auch "Gemeintum" geschaffen werden, das für jeden Menschen unabhängig von Arbeit und Leistung die Lebensgrundlagen sicherstellt. Das aber ist im ÄP nicht enthalten. Damit kein Mensch verhungern muss, ist es natürlich in einer ÄP-Gesellschaft möglich ein Sozialwesen anzuflicken, wie es das ja auch in der "sozialen Marktwirtschaft" gab oder gibt. Dennoch sind die Beziehungen der Menschen untereinander sowie zur Gesellschaft in einer sozial korrigierten Wettbewerbsgesellschaft völlig anders als in einer Gesellschaft, die von vorn herein auf Solidarität aufbaut.

In einer solidarischen Gesellschaft des Teilens und Schenkens, wie sie zB im zapatistischen Motto "für Alle Alles" anklingt, spielt die Bewertung von Sachen und Dienstleistungen nur noch eine Nebenrolle. Wenn keineR Angst haben muss, zu kurz zu kommen und keineR Vorteile davon hat, Werte anzuhäufen ist es ziemlich sinnlos, sich um so etwas zu streiten. Von daher kann das Äquivalenzprinzip in einer solidarischen Gesellschaft auch keine zentrale Rolle spielen.

Auch als Übergangslösung zu einer Solidarischen Gesellschaft scheint mir die ÄP-Gesellschaft nicht geeignet zu sein. Zum einen sehe ich keinen Grund, diesen Umweg zu machen, der ja nicht leichter ist als der direkte Weg. Zum andern macht die geschichtliche Erfahrung mit dem "Realsozialismus" skeptisch in Bezug auf ähnliche Projekte. Als Fernziel hatte er ja auch das "jedem nach seinen Bedürfnissen" auf dem Programm, und doch wurde es nie ernsthaft angestrebt. Auch das ÄP braucht zu seiner Durchsetzung zentrale Macht- und Kontrollstrukturen, die aber unvereinbar sind mit Freiheit und Vertrauen, ohne die eine solidarische Gesellschaft nicht auskommt.

Ende des globalen Kapitalismus - Das Neue Historische Projekt

Kongress 2000

In Zukunft zusammen. Das Neue Historische Projekt.

Am 20. und 21. Mai 2000 findet an der Universität Göttingen der sozialwissenschaftliche Kongress 2000 mit dem Titel "Ende des globalen Kapitalismus. Das Neue Historische Projekt" statt.

Der Titel des Kongresses ist in diesem Fall Programm. Sechs namhafte Referent(inn)en, darunter drei aus Lateinamerika, werden mit den Kongressbesuchenden über Gegenbewegungen und mögliche Alternativen zum globalen Kapitalismus diskutieren.

Trotz unterschiedlicher politischer Ansätze eint die Referent(inn)en ihre Kritik am Neoliberalismus. Neben Prof. Dr. Heinz Dieterich und Prof. Dr. Arno Peters werden u.a. Prof. Dr. Maria Mies und der Herausgeber der Zeitschrift konkret, Hermann L. Gremliza, ihre Positionen darlegen.

Prof. Dr. Nildo Ouriques (Arbeiterpartei Brasiliens PT) und Dr. Raimundo Franco Parellada, Kuba, referieren über die Bedeutung eines Neuen Historischen Projekts der Moderne als Alternative zum globalen Kapitalismus aus der Sicht lateinamerikanischer Länder.

Neben der theoretischen Debatte ist der praktische Schwerpunkt des Kongress 2000 die Vernetzung von politisch, kulturell und sozial engagierten Basisgruppen über das Internet.

Es muss doch was anderes geben!

Der Göttinger Verein "Perspektive unabhängige Kommunikation (puk)" mit seinem Internet-Projekt für Politik und Kultur (www.puk.de) besteht seit nunmehr zwei Jahren.

Inhaltlicher Schwerpunkt bei puk ist die Diskussion um Auswirkungen des neoliberalen globalen Kapitalismus sowie um die Entwicklung gesellschaftlicher Alternativen zu diesem System, das für die meisten Menschen weltweit langfristig keine andere Perspektive zu bieten hat als Vereinzelung, Fremdbestimmung, Armut und Gewalt.

puk betrachtet es daher als historische Notwendigkeit, dem global organisierten Kapitalismus eine global organisierte Gegenbewegung entgegenzusetzen. Eine Bewegung von unten, basisdemokratisch organisiert, deren Ziele und Werte den Bestrebungen der multi-nationalen Konzerne und ihrer Interessenvertretungen wie G7, OFCD, IWF oder WTO zutiefst widersprechen:

- Grenzüberschreitende Solidarität der Lohnabhängigen und Erwerbslosen statt nationaler Konkurrenz um Standortvorteile und Spaltung nach Geschlechtern und Hautfarbe.

- Eintreten für gleiche Möglichkeiten und Voraussetzungen für alle statt Privatisierung und Kommerzialisierung grundlegender gesellschaftlicher Bereiche wie Bildung, Kultur oder medizinische Versorgung.

- Basisdemokratische Mitbestimmung bei politischen Entscheidungen, im Arbeitsleben, in Schule und Universität statt Fremdbestimmung in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen.
- Freiheit und Unabhängigkeit von Bildung und Kultur statt Bewertung und Förderung nach Kriterien marktwirtschaftlicher Verwertbarkeit.
- Einbeziehung aller gesellschaftlich relevanten Sektoren bei der Entscheidung über die Nutzung und ethische Vertretbarkeit neuer Produktionsmethoden und Technologien wie Atomenergie, Kernfusion, Gen und Nanotechnologie.
- Schaffung von offenen, unzensurierten Medien, die allen gesellschaftlichen Sektoren/Basisgruppierungen uneingeschränkt zugänglich und frei von staatlicher und kommerzieller Einflussnahme zur Verfügung stehen.

Diese Forderungen sind in ihrer Gesamtheit im Rahmen des bestehenden Systems nicht verwirklichtbar. Aber es besteht mit der Kritik unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen an der uneingeschränkten Durchsetzungsgewalt des neoliberalen Kapitalismus eine gemeinsame Basis, auf der Neues entwickelt werden kann.

Die (Alp)Träume des Neoliberalismus

Wie sich die Interessenvertretungen der transnationalen Konzerne die Zukunft einer globalen Gesellschaft vorstellen, zeigen beispielhaft einige Regelungen, die ursprünglich für das "Multilaterale Investitionsabkommen" (MAI) vorgesehen waren: Für das MAI war z. B. erstmals die rechtliche Gleichstellung von "Investoren" und Staaten geplant. Für Investoren sollte damit die Möglichkeit bestehen, Staaten bei Vorliegen von "Investitionshindernissen" zu verklagen. Die Definition von "Investitionshindernissen" war dabei sehr weit gefasst. Darunter fielen beispielsweise sämtliche Importzölle, die einheimische Industrien vor Konkurrenz aus dem Ausland bisher schützten, aber auch Umweltschutzrichtlinien und Sozialpläne für Unternehmen.

Das Vertragswerk des MAI ist mittlerweile (auch aufgrund weltweiter Proteste) vom Tisch, nicht aber die in ihm vorgesehenen Regelungen, die nun in anderer Form für die "Liberalisierung des Welthandels" durchgesetzt werden sollen. Spiegelbilder dieser weder Moral noch Ethik berücksichtigenden "Liberalisierung" (= Handlungsfreiheit) der Wirtschaft sind der weitgehende Abbau von Umwelt- und Sozialstandards sowie demokratischen Rechten, der Verlust kultureller Vielfalt, die Patentierung von Lebewesen und Pflanzen zur kommerziellen Verwertung und die militärische Intervention zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen. Dies gilt es zu verhindern. Und dies wird immer mehr Menschen bewusst.

Die theoretische Grundlage des Neuen Historischen Projekts

Heinz Dieterich unterbreitet zusammen mit fünf Wissenschaftlern und Autoren aus unterschiedlichen Fachgebieten (u. a. Sozialwissenschaften, Philosophie/Ethik und Mathematik, Physik) einen Vorschlag für eine Alternative zum System des globalen Kapitalismus. Das gemeinsame Buch "Fin del capitalismo global Æ El nuevo Proyecto Historico" (Ende des globalen Kapitalismus Æ Das Neue Historische Projekt) beinhaltet eine neue soziale Utopie, in der Ausbeutung, Herrschaft und Entfremdung als gesellschaftliche Unterdrückungsmechanismen aufhebbar sind.

Die ökonomische Grundlage dieser neuen Gesellschaft könnte auf dem vom Bremer Historiker, Geograf und Ökonom Arno Peters vorgeschlagenen "Äquivalenz-Prinzip als Grundlage der Global-Ökonomie" beruhen.

Peters stellt in den Mittelpunkt seiner Überlegungen den äquivalenten (gleichwertigen) Tausch von Gütern und Dienstleistungen. Damit dieser Tausch auch tatsächlich gerecht ist und kein Tauschpartner Vorteile auf Kosten des anderen erwirtschaften kann, wie es in der heutigen kapitalistischen Weltwirtschaft der Fall ist, bedarf es eines wirklich objektiven Wertmaßstabs. Dieser objektive Maßstab ist nach Peters die Arbeitszeit, die in einem bestimmten Produkt enthalten oder zur Erbringung einer Dienstleistung erforderlich ist. Denn bisher erfolgte weltweit der Austausch auf Grundlage der Preise und nicht auf Basis der tatsächlichen Werte.

Mit der Computer-Technologie und den Methoden der Statistik sind heute erstmals die Mittel vorhanden, den objektiven Wert einer Ware oder Dienstleistung zu ermitteln. Der gleichwertige Austausch auf Grundlage der Arbeitszeit bezieht z. B. auch jene gesellschaftlichen Bereiche ein, die im Kapitalismus bisher nicht entlohnt wurden (wie Kindererziehung, Pflege und Hausarbeit). Gleichzeitig ist es dadurch aber auch möglich, Importe und Exporte nach verschiedenen Kategorien zu bewerten: In der heutigen kapitalistischen Weltwirtschaft wird der Handel nur auf Basis von Preisen getätigt. Durch die Möglichkeit, den Handel nun zusätzlich auch auf Basis der Arbeitszeiten zu bewerten, könnten in einer Übergangsphase beide Berechnungssysteme nebeneinander existieren und sind miteinander austauschbar. Dies schafft den Raum für regionale Wirtschaftsstrukturen, die nach innen mit einem gänzlich anderen, nicht-kapitalistischen Wirtschaftsprinzip funktionieren, aber dennoch nicht vom Weltmarkt abgekoppelt sind.